

Initiative »Wir sind Deutschland – Volksgesetzgebung jetzt« I. M. C.

c/o Internationales Kulturzentrum Achberg e. V. 88147 Achberg ☎ 08380-98228 📠 –675
<mailto:wirsinddeutschland@kulturzentrum-achberg.de> ★ www.wirsinddeutschland.org
Aktuell: Initiative 18. März

**An die Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Reichstag
11011 Berlin, Platz der Republik 1**

Achberg, 26. März 2006

**Betr.: Aktuelle Initiativen zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung
[Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid]**

**Bezug: Öffentliche Petition der Initiative »Wirsinddeutschland« vom 25. November
2005, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP vom 25. Januar 2006 [BT-Drucksache
16/474] und Gesetzentwurf der Fraktion B'90/Die Grünen vom 15. Februar 2006
[BT-Drucksache 16/680]**

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

es war wesentlich der Unterstützung aus der ersten und zweiten Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag in den Wahlperioden 1983/87 und 87/90 zu danken, dass es erstmals in der Geschichte der BRD zu einer auch parlamentarischen Befassung mit der Aufgabe gekommen ist, die direkte Demokratie in der neuen, zeitgemäßen Form der dreistufigen Volksgesetzgebung einzuführen. Namentlich den engagierten Bemühungen von Christa Nickels und Gerald Häfner war dieses zu verdanken. Sie haben die im Internationalen Kulturzentrum Achberg gebildeten außerparlamentarischen Initiativen für die Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung gefördert und erreicht, dass deren Anliegen – 1983 und 1988 – auch im Plenum behandelt wurden.

1994 haben Bündnis 90/Die Grünen dann im Zuge der verfassungsrechtlichen Anpassungen des Grundgesetzes an die Erfordernisse des Vertrages zur deutschen Einheit auch selbst einen Gesetzentwurf zur Regelung der Volksgesetzgebung eingebracht. Und schließlich war es ihrem Bestreben zu danken, dass in der ersten Regierungsperiode mit den Sozialdemokraten dieses Ziel in den Koalitionsvertrag aufgenommen und am Ende der Legislatur [Juni 2002] auch als Gesetzesvorhaben eingebracht wurde.

In all den Jahren hat die CDU/CSU dieses Anliegen strikt abgelehnt. Die FDP war lange unentschlossen. Nun aber hat sie selbst die Initiative ergriffen und, wie oben angedeutet, selbst einen Gesetzentwurf eingebracht.

Nach allen Anzeichen wird zwar die CDU/CSU abermals ablehnen, die erforderliche Zweidrittelmehrheit also auch jetzt nicht zustande kommen, selbst wenn die SPD sozusagen „bei der Stange“ dessen bliebe, was sie in der Regierungszeit mit Bündnis 90/Die Grünen verfolgt hatte.

Leider habt ihr uns nicht darüber informiert, dass auch eure Fraktion am 15. 2. 2006 in Sachen dreistufige Volksgesetzgebung einen Gesetzentwurf lanciert hat. Und leider habt ihr dabei auch nicht Bezug genommen auf unsere am 25. November eingebrachte »Öffentliche Petition« in gleicher Sache [obwohl zumindest eure Obleute im Petitionsausschuss über unsere Petition informiert waren]. Das ist, wie wir meinen, nicht gerade ein optimaler Stil von Zusammenarbeit zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit, wie wir ihn – siehe oben – in früheren Jahren untereinander pflegten.

Wie wir hören, arbeitet auch Die Linke an einem Gesetzentwurf zur Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung. Dann sind ja schon mal die drei Oppositionsparteien in diesem Ziel – wenn auch mit unterschiedlichen Ausgestaltungsvorstellungen – vereint.

Wenn das alles aber nicht Alibiveranstaltungen sein sollen, weil ja klar ist, dass keiner dieser Gesetzentwürfe die parlamentarische Zweidrittelmehrheit auf sich wird vereinigen können, muss, wenn man das Projekt ernsthaft verfolgen will, **eine erweiterte Strategie** greifen.

In unserer »Öffentlichen Petition« [siehe www.wirsinddeutschland.org] gehen wir ohnehin davon aus, dass die Rechtsgemeinschaft nur dann aus einer demokratisch souveränen Position handelt, wenn sie darüber, wie sie ihr elementares Souveränitätsrecht ausgestalten will, selbst entscheiden kann. Deshalb schlagen wir vor, dass über die Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung plebiszitär entschieden wird und für diese Entscheidung bis zu drei Alternativen zur Vorlage kommen sollten und dann der Mehrheitswille verbindlich würde. [Näheres zu unserer Position und ihrer Begründung a. a. O.]

So wie die Dinge jetzt in den Zeiten der Großen Koalition parlamentarisch konfiguriert sind, liegt das entscheidende politische Gewicht bei dieser Zielsetzung allemal bei den Stimmberechtigten selbst, von denen wir – aus mehreren repräsentativen Umfragen der letzten zwanzig Jahre – wissen, dass sie längst mit großer Mehrheit die Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid als integrierten Prozess der direkten Demokratie unterstützen. Die Aktivierung dieses Gewichtes zur Bündelung der konkreten Willensbekundung der einzelnen Stimmberechtigten wäre nach unserer Ansicht das entscheidende Mittel, um auch die CDU/CSU zum Einlenken und zum Respekt gegenüber dem Gemeinwillen, d. h. zur Zustimmung zu bewegen, dass die Sache auf dem Weg eines Volksentscheides über alternative Positionen abschließend behandelt werden kann.

Dazu schlagen wir – entsprechend einem Entwurf, den wir [als Initiative 18. März] auf der Internetseite www.volksgesetzgebung-jetzt.de präsentieren – als erweiterte Strategie **eine gemeinsame [außerparlamentarische und parlamentarische] Kampagne** derjenigen vor, denen die dreistufige Volksgesetzgebung und deren Regelung auf der Höhe der Zeit wichtig ist – sozusagen als Probelauf im Sinne eines selbstorganisierten Volksbegehrens. Es wäre auf diese Weise sicher auch damit zu rechnen, dass das Thema und die Forderung, darüber in einer Volksabstimmung zu entscheiden, in den Massenmedien am ehesten reflektiert werden und der Diskurs darüber dann in alle Poren der Gesellschaft vordringen würde.

Natürlich wäre der Beitrag der Grünen für eine solche Kampagne durch den Hinweis auf die entsprechende Homepage und die Abgabe der Willensbekundung von großer Bedeutung. Deshalb unsere Frage, ob wir mit der Unterstützung der Fraktion bzw. ihrer Mitglieder rechnen können.

Mit bestem Dank für Eure Aufmerksamkeit gegenüber diesem Projekt und freundlichen Grüßen

Wilfried Heidt, Gerhard Meister, Herbert Schliffka